

Dankesrede zur Verleihung der Ehrensensatorwürde.docx

Liebe Frau Präsidentin Prof. Dr. Kallenrode, liebe Landtagsabgeordnete Antonia Hillberg, Andrea Prell und Markus Brinkmann, lieber Bürgermeister Dr. Ulrich Kumme, lieber Ehrenbürger der Universität Gerald Frank, lieber Vorsitzender der Universitätsgesellschaft Heinz-Werner Ernst, liebe Ehrenvorsitzende der Universitätsgesellschaft, Ehrendoktorin und Ehrenbürgerin der Stadt Hildesheim Lore Auerbach und Ehrensensator Dr. Rainer Hermeling, liebes Ehrenmitglied der Universitätsgesellschaft Dieter Höper, verehrte Gäste,

als Sie, liebe Frau Kallenrode, mir Anfang des Jahres mitteilten, dass der Senat auf Ihren und Professor Schreiners Vorschlag beschlossen habe, mir die Würde eines Ehrensensators der Universität Hildesheim anzutragen, weckten Sie Erinnerungen an meine Studentenzeit an der Pädagogischen Hochschule. Mein Studium begann im Sommersemester 1969 in der Pädagogischen Hochschule Alfeld. Sie war dabei, sich grundlegend zu verändern. Räumlich zog sie aus einem hochbetagten Backsteingebäude im kleinstädtischen Alfeld in einen ambitionierten Betonbau im damaligen Sitz des Regierungsbezirks Hildesheim. Strukturell verband sie sich mit den anderen sieben Pädagogischen Hochschulen zur PHN, zur Pädagogischen Hochschule Niedersachsen. Aus dem Rektor der PH Alfeld wurde der Dekan der Abteilung Hildesheim, aus dem Allgemeinen Studentenausschuss der Örtliche Studentenausschuss. Personell hatten schon in Alfeld junge Hochschullehrer etliche der älteren, die aus der Tradition der katholischen Konkordats-PH kamen, irritiert. Sie pochten nicht auf hierarchische Unterschiede, sondern beteiligten uns Studenten an ihren Forschungsprojekten. Die waren, was die bisher geisteswissenschaftlich Lehrenden noch mehr irritierte, sozialwissenschaftlich und empirisch angelegt. Das verwirrte aber auch manche der älteren Semester. Zu Beginn ihres Studiums wurden sie auf die volkstümliche Bildung in der Volksschule vorbereitet. Nun sollten sie an Grund- und Hauptschulen wissenschaftsorientiert unterrichten. Zu all diesen Veränderungen kam nun die, an die mich das Schreiben der Präsidentin zuerst erinnerte: die konstitutive Veränderung. Die Mitbestimmung zog ein in die Hochschulverfassung. Auf örtlicher Ebene entstanden Abteilungskonferenzen und in Hannover der Senat, und in diesen Organen saßen nun zu je einem Viertel wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Studentinnen und Studenten den Professorinnen und Professoren gegenüber. Ich war 1970/71 der studentische Senator aus Hildesheim.

Die Studierenden und der akademische Mittelbau beteiligten sich als Betroffene an den Entscheidungen der Hochschule. Die Lüneburger trieben es soweit, dass an jedem Vormittag ein Student, ein Assistent und der Dekan gemeinsam die eingehende Post durchsahen. Das machten wir in Hildesheim nicht. Stattdessen bildeten wir zu den Senatssitzungen in der Luerstraße Fahrgemeinschaften und sprachen im Auto von Dekan Günther Klages die Tagesordnung durch.

Übrigens auch zur Besprechung mit der TU Clausthal, weil wir uns auf das erwartete baldige Ende der PHN vorbereiten wollten. Als Antwort auf die in Bremen entstehende Reformuniversität mit einphasiger Lehrer- und Juristenausbildung hatte die rot-schwarze Landesregierung schon 1970 die Universitätsgründungen in Oldenburg und Osnabrück beschlossen. Die Gründungsausschüsse der Reformuniversitäten waren wie in Bremen drittelparitätisch besetzt. Beide erprobten in einem Modellversuch die „Einphasige Lehrerausbildung“, beide nahmen den Studienbetrieb 1974 auf. Osnabrück begann als Zusammenschluss der Abteilungen Osnabrück und Vechta, geplant war der Zusammenschluss mit der 1971 gegründeten Fachhochschule zur Gesamthochschule. Der CDU-Kultusminister Richard Langeheine hatte schon bei der Gründung der PHN das Ziel von sieben regionalen Gesamthochschulen bekanntgegeben. Die Abteilung Hildesheim sollte mit der TU Clausthal und den Fachhochschulen in Hildesheim und Holzminden fusionieren. Die Stadt Hildesheim hatte dafür schon ein großes Grundstück südlich der Sportanlage von PSV und MTV reserviert. Als im November 1971 Bundeswissenschaftsminister Hans Leussink mit dem Hubschrauber einflog, um sich die ersten konkreten Pläne vorstellen zu lassen, hatte ich als hochschulpolitischer Sprecher des Örtlichen Studentenausschuss zu einer Protestveranstaltung gegen den Hochschulrahmengesetzentwurf in Hörsaal 1 eingeladen. Unser Wahlkreisabgeordneter und Leussinks Parlamentarischer Staatssekretär Jochen Raffert wollte Bundeszuschüsse nach Hildesheim holen – was ihm schon für die Projekte Robert-Bosch-Gesamtschule und Ganztagschule Drispstedt gelungen war. Ich – in der SPD sein Genosse – sollte deshalb für einen störungsfreien An- und Abflug sorgen. Leussink blieb unbehelligt, das Studentenparlament beschloss zeitgleich eine Resolution. Eine Woche später bildeten die Beteiligten den Koordinierungsausschuss „Hochschulzentrum Hildesheim“.

Die beiden Sondierungsgespräche mit den Clausthalern, an denen ich teilnahm, fanden in renommierten Restaurants statt, in Hildesheim im damaligen Sterne-Restaurant Kupferschmiede. Jeder zahlte sein Essen selbst, die studentischen Teilnehmer wurden von den Hochschullehrern eingeladen. Was heute wahrscheinlich als Verstoß gegen Compliance-Regeln geahndet würde, habe ich damals gern akzeptiert. Auflagen gab es keine, ich durfte sogar mit meinem geliebten Parka kommen.

Wie Sie wissen, scheiterte die Gesamthochschulgründung. Keiner der Beteiligten hatte die Idee des Gesamthochschulkonzepts im Kopf, sondern nur die eigene Bestandssicherung. Beim Ende der PHN 1978 waren nur Lüneburg und wir als „Hochschule Hildesheim“ mit 898 Studierenden auf uns allein gestellt. Bei der Existenzrettung stand das Münchhausen-Prinzip Pate.

1977 etablierte sich das Fernstudium Hildesheim der Fernuniversität Niedersachsen-Westfalen mit Sitz in Hagen. Mit Hilfe der Arbeitsgruppe Standortforschung an der TU Hannover, besser bekannt als Geißler-Institut, suchte die Hochschule nach weiteren Wegen, sich von der sehr volatil gewordenen Einstellung von Lehrkräften durch das niedersächsische Kultusministerium zu entkoppeln. Geißlers „Konzept zur Entwicklung berufsqualifizierender Alternativen zur Lehrerausbildung (KebAL)“ leitete aus den Kernkompetenzen der Hochschule und den vermuteten Bedürfnissen des Marktes drei neue Profile ab: den Diplomstudiengang „Übersetzer – Fachrichtung Technik“ („Fachübersetzer“), den Diplomstudiengang „Kulturpädagogik“ und den Diplomstudiengang „Informatik“ mit dem Schwerpunkt angewandte Mathematik. Als vierten Studiengang entwickelte die Hochschule zur Konsolidierung des Lehramtsstudiums die Studienrichtung „Ausländerpädagogik“, die der Wissenschaftsminister zwar genehmigte, der Kultusminister aber nicht als einstellungsrelevante Zusatzqualifikation anerkannte, wie später bei der Informatik eine krasse Fehlentscheidung. Zwei Jahre nach der Neuprofilierung hatte sich die Studierendenzahl verdoppelt.

Ich war damals Konrektor der Hauptschule Marienburger Höhe und stellvertretender Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, als sich die Hochschule am eigenen Schopf aus dem Sumpf zog. Emeritus Fro Trommsdorff übernahm die Aufgabe, die konsolidierte und profilierte Hochschule regional zu verankern. 1979 fragte er mich, ob ich für die GEW den „Förderkreis der Hochschule Hildesheim“ mitgründen wolle. Trommsdorff war im Scharnhorstgymnasium mein Mathematiklehrer und während meiner Zugehörigkeit zum Senat nach Klages Dekan der Abteilung Hildesheim. Ich sagte also zu. In kürzester Zeit traten ihm rund fünfzig Mitglieder, überwiegend Multiplikatoren aus Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden, bei. Zehn Jahre später ging aus ihm mit der Umbenennung der Hochschule zur Universität die „Universitätsgesellschaft“ hervor. Ich fasse die folgenden Attacken auf die den Wissenschaftskollegen zu kleine, den Politikern zu teure Universität zusammen. Bis zur Stiftungsgründung 2003 halfen die Verankerung in der Region und das Engagement der Hildesheimer Landtagsabgeordneten Lore Auerbach, Monika Griefahn und Elisabeth Conrady die Universität zu erhalten. Leider gelang es nicht, Ministerpräsident Gerhard Schröder und Wissenschaftsministerin Helga Schuchardt den Erhalt der Informatik abzurufen, trotz prominenter Fürsprache der damaligen Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft Lore Auerbach, der Umweltministerin Monika Griefahn und des Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe, trotz der Appelle des Stadtrats und des Kreistags, der IHK und der ad-hoc-Bürgerinitiative „Unsere Hildesheimer Universität“. Ich wurde damals als SPD-Ratsfraktionsvorsitzender am 24. März 1995 zum entscheidenden Gespräch in der Landtagsgaststätte hinzubeordert. Als Ministerpräsident sagte Schröder 1996 endgültig „Basta“, als Bundeskanzler forderte er Anfang 2000 eine Green Card

für ausländische Informatiker. In der Universität Hildesheim entstanden neue Informatikstudiengänge, das Münchhausenprinzip und die Universitätsgesellschaft halfen dabei.

Universitätsgesellschaft. Das Grundwort Gesellschaft und das Bestimmungswort Universität stellt die Beziehung zwischen beiden dar: Die Universität gründet in der Gesellschaft, sie ist bestimmt ihr zu dienen. Ich nenne einige Beispiele für das wechselseitige Wirken:

- das von Professor Trommsdorff 1985 eingeführte Seniorenstudium
- Stiftungsprofessuren, z. B. durch den Bischof von Hildesheim, Unternehmen, die Handwerkskammer
- gestiftete Forschungskolloquien, z. B. das Möller-Meyer-Doktorandenkolleg oder das Wippermann-Lecture
- Stipendienstiftungen, z. B. das Lore-Auerbach-Stipendium
- die Gründung einer Universitätsstiftung als Förderstiftung, die in der Stiftung Universität Hildesheim aufging, den Start ermöglichte maßgeblich der Direktor der Kreissparkasse Hildesheim Dr. Hubertus Haller
- das „Hildesheimer Modell“ von Ehrensator Hajo Kurzenberger mit dem Stadttheater und das Theaterhaus
- die Festivals Transeuropa und Prosanova
- Radio Tonkuhle, das vor der EXPO 2000 als Campusradio startete
- Forschungsprojekte, z. B. für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit der IG BCE oder die Kulturentwicklungsplanung des Landkreises Hildesheim
- Fachliche Unterstützung der Stadt Hildesheim bei der Kulturhauptstadtbewerbung
- die öffentlichen Ringvorlesungen
- die früheren Europa- und heutigen Finanz-, Wirtschafts- und Währungsgespräche des Instituts für Geschichte zusammen mit der Volksbank Hildesheim oder die Vortragsreihe „Chancen für morgen“ des Rotary Clubs
- die Preise der Universitätsgesellschaft für hervorragende Abschlussarbeiten und für Leistungen mit besonderer Ausstrahlung in die Region
- die langjährige Veranstaltung der Hildesheimer Pädagogischen Tage zusammen mit der GEW
- die Buchreihen im Verlag des Ehrensators Georg Olms
- das Schulmuseum, erst auf dem Kultur-Campus, jetzt in der Innenstadt
- die Universitätsvorträge im Hildesheimer Rathaus oder in Hildesheimer Cafés, z. B. mit Kristian Folta-Schoofs
- der Versuch der Universitätsgesellschaft und der IHK mit dem Ehrenbürger Gerald Frank als Geschäftsführer, die Dienstleistungen der Universität für Betriebe bekannt- und nutzbarzumachen

- Spenden des Lions-Clubs zur Verschönerung der Universität
- die Mittsommernacht mit dem Feuerwerk von Arwed Löseke
- die Instrumentenstiftung von Ehrenbürger Rolf Irle für das Center for World Music.

Zu diesen Beiträgen, von denen man seit einigen Jahren etliche der Third Mission der Universität zuschreibt, kommen zahlreiche Förderungen aus den Mitgliedsbeiträgen der Universitätsgesellschaft sowie von Unternehmen, der Sparkasse, den Volksbanken und von Einzelpersonen.

Meine unvollständige und ungeordnete Liste soll zeigen, wie eine vitale Universitätsgesellschaft Universität und Gesellschaft zusammenbringen kann. Wir brauchen dafür die Beiträge der Mitglieder, die finanziellen und gern auch die des persönlichen Engagements. Die Stadtgesellschaft braucht sie, um den zahlreichen Funktions- und Bedeutungsverlusten der Stadt eine starke Universität entgegenzusetzen. Die Universität braucht sie, weil im Landeshaushalt in nicht ferner Zukunft wieder Einsparpotentiale gesucht werden. Hessen hat den Hochschulen gerade bis 2030 eine Etatkürzung von jährlich 200 Millionen Euro angekündigt. Meine Damen und Herren, wenn Sie es noch nicht sind, werden Sie Mitglied der Universitätsgesellschaft.

Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, mit Ihnen über meine Beziehung zum Thema des heutigen Vortrags zu sprechen. Ich belasse es bei einigen Andeutungen. Meine Schule, die Hauptschule Marienburger Höhe, wurde 1985 für die Unterbringung des Studiengangs Informatik geschlossen. Mir als freigesetztem Konrektor bot der Präsident des NL, Günter Wiemann, die Chance, die Fortbildung von 20.000 Lehrkräften im Projekt „Neue Technologien und Schule“ zu koordinieren. Insgesamt gab das Land dafür 100 Millionen Mark aus, 90 Millionen für die Ausstattung der Schulen mit Computern, den Rest für die Entwicklung von Unterrichtsmaterialien und für Fortbildungsseminare. Ziel war es, die informations- und kommunikationstechnologische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen zu verankern, nicht als Fach „Informatik“, sondern in allen Fächern als Teil einer erweiterten Allgemeinbildung. Das meiste, was uns heute selbstverständlich ist, aber wie beim Zauberlehrling zunehmend bedrohlich erscheint, wurde damals vorhergesehen, obwohl es weder Breitbandverkabelung noch Mobiltelefone gab. Die Schülerinnen und Schüler – und zuvor ihre Lehrkräfte – sollten sich drei Fragen stellen: Was machen die i.-u. k.-Technologien? Was kann ich mit ihnen machen? Was machen sie mit mir? Ich habe in den neunziger Jahren als „Schulrat“ keine Unterrichtsstunde gesehen, in denen diese Fragen, zum Beispiel bezogen auf den Computer, eine Rolle spielten. Als ich 1995 beim Kampf um den Erhalt der Informatik Professor Günther Stiege nach seinem Beitrag zur Lehrerausbildung fragte, stellte er ihn vage für die Zukunft in Aussicht. Der Aufbau des Studiengangs Informatik mit den Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik und Medizinische Informatik stehe

gerade vor dem Abschluss. Weder im Schuldienst noch in der Lehrerausbildung hinterließ unser Projekt bleibende Spuren. Sowohl die jeweils zwölf Computer als auch die etwa zwanzig Materialienbände verstaubten in den meisten Schulen. Ich hoffe, Ihnen, Herr Prof. Dr. Nils Pancratz, ist mehr Erfolg beschieden.

In meinem Alter bedeutet KI weniger „künstliche Intelligenz“, als vielmehr „kristalline Intelligenz“. Neurowissenschaftler definieren sie als Wissens- und Erfahrungsschatz, die Expertise und Fertigkeiten, die wir uns im Leben erarbeitet haben. Wenn sich die Älteren unter Ihnen bei meinem Vortrag an Franz-Josef Degenhardt und sein Lied „Wenn der Senator erzählt“ erinnern haben, dann sehen Sie, was diese KI so anrichten kann. Wenn Sie Degenhardt nicht kennen, googeln Sie ihn. Es lohnt sich.

Ich danke Ihnen und freue mich, dass Sie zu meiner Ehrung gekommen sind und mir Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Ich danke allen, die mir zur Ehrensensatorwürde verholfen haben. Ich fühle mich im Kreis der anderen sieben, die ich alle persönlich kennenlernen durfte, gut aufgehoben.

Ich danke den Organisatorinnen und Organisatoren für diese ehrenvolle und hoffentlich auch gesellige Veranstaltung. Ganz herzlichen Dank für die musikalische Umrahmung von Edgar Wendt.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Präsidentin Kallenrode für die Begrüßung, und bei Martin Schreiner und Markus Langer für die Laudatio. Sie, lieber Prof. Pancratz, erinnerten mich an meine Tätigkeit im niedersächsischen Projekt „Neue Technologien und Schule“ von 1986 bis 1988.

Zum Schluss, aber nicht zuletzt, danke ich meiner Frau Hildegard, mit der ich seit dem Beginn meines Studiums verheiratet bin, für ihren lebenslangen Beistand.

Hartmut Häger

Hildesheim, 9. September 2025